

Dienstag (Vormittag), 4. September 2018

Staatskanzlei

7 2018.RRGR.359 Motion 104-2018 Gnägi (Jens, BDP) Schwerpunkt Wachstumsschwäche bei den Regierungsrichtlinien 2019–2022 Richtlinienmotion

Präsident. Somit kommen wir zum Traktandum 7. Gestern haben wir per Ordnungsantrag eine freie Debatte zu dieser Richtlinienmotion beschlossen. Diese trägt den Titel: «Schwerpunkt Wachstumsschwäche bei den Regierungsrichtlinien [...]». Die Regierung will sie als Postulat annehmen. Der Motionär, Grossrat Gnägi, hat das Wort.

Jan Gnägi, Walperswil (BDP). Am 8. Mai 2018 hat es die «Berner Zeitung (BZ)» auf den Punkt gebracht: Der Kanton Bern hat eine Wachstumsschwäche. Die «BZ» hat diesem Thema eine grosse Reportage gewidmet. Dieser konnten wir entnehmen, dass dieses Problem nicht neu ist, sondern bereits seit 150 Jahren besteht, und dass es auch nicht danach aussieht, als würden wir es in Zukunft bald loswerden. Auf den ersten Blick klingt dies vielleicht gar nicht so tragisch, doch was es bedeutet, wird rasch klar. In der Wirtschaftsstrategie 2025 räumt die VOL ein, dass das langsame Wachstum «eine der folgenreichsten Schwächen des Kantons Bern» sei. Diese Schwäche hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf das Bildungssystem, aber zum Beispiel auch auf die Sozialversicherungen. Der Nachteil im nationalen Standortwettbewerb ist sehr schwierig für die Wirtschaftskraft des Kantons Bern, für ihre Platzierung, aber auch für die finanzielle Situation.

Am 21. August äusserte sich auch Professor Paul Messerli zu diesem Thema in der «BZ». Unter dem Titel «Jetzt muss der Regierungsrat die Zügel in die Hand nehmen» appelliert er an die Verantwortlichen in der Berner Politik, sich endlich mit wichtigen Reformprojekten auseinanderzusetzen. Er benennt das Problem unseres Kantons klar: «Stadt und Land, Politik und Wirtschaft schaffen es nicht, eine gemeinsame Strategie für den Kanton Bern zu entwickeln, egal ob es um Schulstandorte, Landwirtschaft oder Verkehrsfragen geht, man reibt sich auf in einem [...] Verteilungskampf. Und steht danach still.» Ist dies der Grund, weshalb der Kanton Bern im Rückstand ist? – Gefordert ist nun der Regierungsrat. Mit unserer Motion fordern wir, dass er sich beim Erstellen der neuen Regierungsrichtlinien mit dem strategisch und entwicklungspolitisch wichtigen Thema Wachstum auseinandersetzt. Es stehen Fragen im Raum: Wo soll der Kanton Bern hingehen? Wo hat er seine Stärken, wo hat er Potenzial? Welches ist die richtige Richtung? – Es ist wichtig, dass sich der Regierungsrat nicht nur dem Alltagsgeschäft widmet, sondern dass er auch solche strategischen Schwerpunkte festlegt. In 150 Jahren soll man nicht mehr von einem wirtschafts- oder wachstumsschwachen Kanton Bern sprechen. Wenn dies schon vorher nicht mehr der Fall ist, ist dies umso besser. Wir halten bei diesem Thema an der Motion fest. Es ist zu wichtig, um es in einer Schublade verschwinden zu lassen. Danke, wenn Sie uns unterstützen.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Für die FDP-Fraktion hat Grossrat Niederhauser das Wort.

Jean-Luc Niederhauser, Court (FDP). La faible croissance mise en évidence par cette motion est un problème sur lequel il y a effectivement lieu d'être attentif. Cependant, comme le relève le Conseil-exécutif, ce sujet n'est pas de la compétence du Grand Conseil, mais de sa propre compétence. Le Conseil-exécutif et toutefois prêt à étudier cette requête dans le cadre du processus d'élaboration du programme gouvernemental de législature, et propose d'adopter cette demande sous forme d'un postulat. Le groupe PLR a décidé de rejeter cette motion et de l'accepter sous forme d'un postulat.

Kurt Zimmermann, Frutigen (SVP). Auch die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass der Regierungsrat für die Regierungsrichtlinien 2019–2022 genügend Zeit benötigt. Wir sind gespannt zu erfahren, welche Schwerpunktthemen, Zielsetzungen und Strategien er uns in der Frühlingssession 2019

vorschlägt. Besonders zum Thema «Wachstumsschwäche im Kanton Bern» erwarten wir griffige Vorschläge, die zeitgerecht umgesetzt werden können. Im Vergleich zu anderen Kantonen entwickelt sich der Kanton Bern seit 150 Jahren weniger dynamisch. Wachstum ist gefragt, weil es positive Auswirkungen auf unseren Arbeitsmarkt und auf das Bildungssystem hat, aber auch auf unsere Wettbewerbsfähigkeit. Eines von vielen Beispielen dürfen wir hier schon nennen: Heute pendeln sehr viele Leute aus steuergünstigen Nachbarkantonen zur Arbeit in unseren Kanton. Sie bezahlen hier keine Steuern und gestalten hier das Alltagsleben nicht mit. Die Auswirkungen sind bekannt: Bern exportiert sein Wachstum in die Nachbarkantone. Wachstum lässt sich nicht staatlich verordnen. Staatliche Eingriffe in die private Wirtschaft bringen auch keinen Erfolg. Aber bei der strategischen Entwicklung muss die Berner Regierung den Lead übernehmen. Wir erwarten von der Regierung auf die Frühlingssession 2019 hin konkrete Vorschläge zu wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Verbesserungen für unseren Kanton. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion grossmehrheitlich ab, wird jedoch einem Postulat zustimmen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Soviel vorweg: Wir unterstützen diesen Vorstoss auch als Motion. Weshalb? – Der Kanton Bern ist bezüglich des Wachstums nicht dort, wo er sein könnte oder sein sollte. Im innerkantonalen Vergleich haben wir zwar relativ wachstumsstarke Zentren, aber im gesamtschweizerischen Vergleich hinken diese hinterher. Die ländlichen Gebiete wiederum hinken leider auch im innerkantonalen Vergleich hinterher. Deshalb erachten wir die Auseinandersetzung mit dem Wachstum als sehr wichtig. Gerade jetzt, wo sich abzeichnet, dass sich der Steuerwettbewerb verschärfen wird, denken wir, dass wir dem Regierungsrat diesen verbindlichen Auftrag erteilen sollten. Warum ist Wachstum wichtig? – Eine kleine Rechnung: Wir haben knapp 7 Mrd. Franken Steuereinnahmen. Wenn wir davon ausgehen, dass diese Steuereinnahmen proportional zum Wachstum wachsen, und wenn wir weiter annehmen, dass wir es dank einer geschickten Wachstumspolitik schaffen, beispielsweise innerhalb von fünf Jahren um 1 Prozent stärker zu wachsen, würde dies pro Jahr zusätzliche Steuereinnahmen von 70 Mio. Franken bedeuten. Es lohnt sich somit, hier genauer hinzuschauen. Es handelt sich um einen Weg, bei dem man nicht übers Sparen und über Leistungskürzungen spricht, sondern über etwas Positives, nämlich über das Wachsen und Weiterkommen.

Wir erwarten, dass in den Regierungsrichtlinien verbindlich folgende Themen angesprochen werden: Welche konkreten Massnahmen soll der Kanton treffen, um das Wachstum in den Zentren und in den Landregionen zu fördern? Was soll die Verwaltung tun, wie soll sie sich organisieren, und welche Prozessänderungen hat dies zur Folge? Welche konkreten Projekte soll der Kanton fördern, und wie ist diese Förderung am effizientesten möglich? Das heisst, Kosten und Nutzen sind abzuwägen. Nicht zuletzt erwarten wir, dass man Wachstum aus qualitativer Sicht betrachtet und sich auch überlegt, in welchem Gebiet und in welcher Branche man ein Wachstum will.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Grossrätin Veglio.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP). Wir erachten die Antwort des Regierungsrats als schlüssig und werden ein Postulat unterstützen. Dass der Kanton Bern nicht der wirtschaftsstärkste Kanton ist, ist seit Längerem bekannt. Vielleicht hat dies auch etwas mit uns zu tun, die wir hier drin sitzen; ich weiss es nicht. Aber wir erachten es sicher als richtig, dass man dieses Thema in die nächsten Regierungsschwerpunkte aufnimmt. Wir unterstützen die Motion nicht, stimmen jedoch einem Postulat zu.

Marc Jost, Thun (EVP). Beim Zeitunglesen entstehen immer wieder gute Ideen. Auch wir haben diesen Artikel gelesen. In der EVP-Fraktion wurde dieser Vorstoss jedoch etwas ambivalent aufgenommen. Wir gehen auch davon aus, dass der Regierungsrat nicht nur Zeitung liest, sondern sich intensiv Gedanken macht über die Fragen, die hier angesprochen werden. Doch die Ambivalenz, die wir verspüren, ist auch aus der Antwort des Regierungsrats herauszuhören: Wie stark sollen wir in die Regierungsrichtlinien dreinreden? – Wir schliessen uns der Antwort des Regierungsrats an und sagen, dass dies eine Idee sei, die aufgenommen und diskutiert werden solle. Deshalb ein Postulat. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Regierungsrat diese Verantwortung wahrnimmt und das Thema selbstverständlich nicht nur diskutiert, sondern auch in die Richtlinien aufnimmt. In diesem Sinne stimmen wir diesem Vorstoss als Postulat zu.

Präsident. Für die SVP-Fraktion spricht Grossrat Krähenbühl. – *(Grossrat Krähenbühl erklärt von seinem Platz aus, er wolle als Einzelsprecher das Wort ergreifen.)* Ach so. Für die BDP-Fraktion

spricht in diesem Fall Grossrat Gerber.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Wir haben es gehört: Der Kanton Bern hinkt hinterher. Die Wachstumsschwäche zeitigt negative Folgen für die finanzielle Situation des Kantons Bern. Was fehlt Bern heute zu einer überzeugenden Hauptstadt? Wie kann Bern in 30 Jahren aussehen? Das Buch «Wie viel Bern braucht die Schweiz?» zeigt spannende Ansätze. Die Journalisten Stefan von Bergen und Jürg Steiner benennen Berns wunde Punkte und zeigen, wie die Hauptstadt über sich hinauswachsen könnte. Bern muss sich neu erfinden. Die international ausgerichteten Krafträume Zürich/Basel und Genf/Lausanne sind das ökonomische Rückgrat dieses Landes. Nur wenn Bern erstarkt, wird es zu einer Hauptstadt, die der Schweiz nützt. In Bern befinden sich das Kantons- und das Bundesparlament sowie die Universität. Nutzen wir diese Chance! Der Regierungsrat hat die Chance erkannt. Am Anlass der Sitem-insel vom vergangenen Montag waren vier Vertreter unserer Regierung vor Ort. Dies ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Regierung und Universität. Die Motion verlangt nichts Verrücktes. Sie verlangt nur vom Regierungsrat, dass diese Thematik umgehend in die Regierungsrichtlinien aufgenommen wird und die Strategie und die Richtung aufgezeigt werden. Der Auftrag an die Regierung muss jetzt erteilt werden. Die BDP wird diese Motion einstimmig unterstützen.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Im Marketing gibt es einen wichtigen Grundsatz: Du kannst gegen einen Mitbewerber nur mit deinen Stärken gewinnen; deine Schwächen musst du hingegen soweit wie möglich eliminieren. Den Grünen ist dieses Anliegen sehr wichtig. Eine gute Strategie, die die Schwächen des Kantons Bern vermindern kann, braucht es unbedingt, genauso wie es eine Strategie braucht, um die Stärken zu stärken. Auf lange Sicht bringt dies dem Kanton viel mehr als ein Dutzend Sparprogramme. Aus diesem Grund hat der frühere Regierungspräsident Bernhard Pulver in seinem Präsidialjahr zum Entwicklungsdialo g eingeladen. Er führte umfassende Gespräche und verfasste einen Bericht – das Resultat des Austauschs mit wichtigen Akteuren aus der Wirtschaft, der Forschung und der Gesellschaft. Daraus liessen sich viele Strategien ableiten, auch zur Verminderung der Wachstumsschwächen des Kantons Bern.

Nun liegen uns eine Motion sowie die Antwort des Regierungsrats vor. Wir sind der Meinung, dass beide mit angezogener Handbremse fahren. Diese Motion ist sehr vage formuliert. Man hätte gewisse Dinge andenken und mit einer Begründung vorentwickeln können. Dies vermissen wir. Wir sind der Meinung, so bringe der Vorstoss nicht viel. Entsprechend oberflächlich und unwillig gibt sich der Regierungsrat, weil man ihm in dieser oberflächlichen Weise dreinreden will. Ein solch' laues Lüftchen wollen wir Grünen nicht aufhalten, aber mitsegeln kann man auch nicht. Wir werden deshalb der Motion sicher nicht zustimmen. Bei einem Postulat würden wir uns wohl mehrheitlich enthalten, und einige würden wahrscheinlich dafür stimmen.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Als Erstes hat Grossrat Krähenbühl das Wort.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Ich werde diese Motion als Postulat unterstützen, wie es unser Fraktionssprecher tut. Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass die BDP das Problem der Wachstumsschwäche des Kantons geortet hat. Gleichzeitig möchte ich die BDP dazu auffordern, Nägel mit Köpfen zu machen, denn letztendlich wissen wir – oder zumindest wir Bürgerlichen –, wo der Hund begraben ist. Unsere Fiskalquote ist viel zu hoch, unsere Staatsausgaben sind im Verhältnis zu hoch, und vor allem ist unsere Steuerquote zu hoch. Es wurde bereits in einem Votum erwähnt: Die Leute, die im Kanton Bern arbeiten, wohnen häufig ausserhalb des Kantons. Dies betrifft notabene auch Staatsangestellte, weil die Steuern einfach zu hoch sind. Deshalb, liebe BDP, an dieser Stelle ein Werbespot im Hinblick auf unsere Motion «[...] Ausgabenwachstumsbremse [...]» (M 278-2017): Stimmen Sie dieser einfach zu, dies wäre eine gute Massnahme, um Nägel mit Köpfen zu machen. Hier hingegen würden wir wieder Richtlinien und Berichtchen verfassen und in der Gegend herumeiern. Wir müssen endlich vorwärtsmachen. Ich würde es sehr begrüssen, wenn Sie dann zustimmen könnten.

Präsident. Ich erteile dem Staatsschreiber das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich denke, der Eindruck von Christoph Grupp ist falsch, dass die Regierung dies auf die leichte Schulter nimmt, nur weil die Motionsantwort relativ knapp ausgefallen ist. Für die Regierung ist die Wachstumsschwäche des Kantons ein Thema, welches sie sehr

beschäftigt, und mit welchem sie sich sehr stark auseinandersetzt.

Wir stecken gerade mitten im Prozess der Erarbeitung der Regierungsrichtlinien der neuen Legislaturplanung. Die neue Regierung ist noch nicht so lange im Amt. Man ist jetzt gerade dabei, diese Regierungsrichtlinien zu erarbeiten. Diese werden Anfang Dezember zuhänden des Grossen Rats verabschiedet. Das Thema Wachstumsschwäche ist dabei sicher wichtig. Die Regierung nimmt zur Kenntnis, was Leute wie Professor Messerli sagen. Wie erwähnt, hat der frühere Regierungspräsident zahlreiche Gespräche geführt. Trotzdem beantragt die Regierung die Annahme dieses Vorstosses nur in Form eines Postulats, weil dieser Prozess zurzeit im Gang ist; diese Regierungsrichtlinien liegen noch nicht vor und werden noch nicht verabschiedet. Es ist ein Thema, welches die Regierung anschauen und prüfen wird. Es handelt sich ja auch um eine Richtlinienmotion; die Kompetenz, diese Richtlinien zu erlassen, liegt beim Regierungsrat. Der Grosse Rat kann sich im März des nächsten Jahres dazu äussern, Planungserklärungen abgeben und damit seine Haltung zum Ausdruck bringen.

Präsident. Der Motionär hat nochmals das Wort.

Jan Gnägi, Walperswil (BDP). Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für diese Diskussion. Ich hatte den Eindruck, dass alle das Problem erkannt haben. Einige haben einen aus meiner Sicht etwas speziellen Umkehrschluss gezogen, wie etwa Christoph Grupp. Man erkennt zwar das Problem, will aber die Motion nicht annehmen. Ich habe den Grund dafür nicht ganz verstanden. Ich lese Ihnen gerne nochmals die Forderung unserer Motion vor: «Der Regierungsrat wird beauftragt, der Problematik der Wachstumsschwäche einen Schwerpunkt bei der Erstellung der Regierungsrichtlinien 2019–2022 einzuräumen.» Dies ist doch eine offene Forderung, die ein wichtiges Problem betrifft. Wir können nun als Parlament ein klares Zeichen setzen, wonach wir Innovationen fördern und vorwärtsgehen wollen. Wir von der BDP wollen dies auf jeden Fall, weshalb wir diese Motion aufrechterhalten.

Präsident. Wir stimmen somit über eine Motion ab. Wer dieser Motion zustimmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 46

Nein 85

Enthalten 11

Präsident. Sie haben diese Motion abgelehnt mit 85 Nein- gegen 46 Ja-Stimmen bei 11 Enthaltungen.